

Herr Schell von der CDU-Fraktion erläuterte zunächst den Antrag seiner Fraktion.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen sagte, dass er die Installation von Pollern für eine gute Übergangslösung halte. Hier bleibe aber auch noch die Umgestaltung der Südstraße im Zuge des Integrierten Handlungskonzeptes abzuwarten. So könne man sich das Anlegen beispielsweise eines Grünstreifens an dieser Stelle gut vorstellen.

Herr Willnecker von der FDP-Fraktion sagte, dass die vorgeschlagene Lösung mit Pollern eventuell die Nutzung der Südstraße in Notfällen beeinträchtigen könnte. Es sei die Aufgabe der Nachbarschaftshilfe als Veranlasser, auf die Verkehrsteilnehmer, welche sich rechtswidrig verhielten, entsprechend einzuwirken. Weiterhin sollte an diesem Problempunkt eine stärkere Überwachung stattfinden und Verkehrsverstöße auch entsprechend geahndete werden.

Insofern halte er die Einrichtung von Pollern für übertrieben.

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH! sagte, dass an dieser Stelle in jedem Fall etwas passieren müsse. Selbst bei höchstem Verkehrsaufkommen würde dort widerrechtlich abgebogen. Dies sei aber auch absehbar gewesen. Er sei jedoch anderer Ansicht als Herr Willnecker. Auch er halte die vorgeschlagenen Einbauten für sinnvoll.

Herr Nettessheim von der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass die Einrichtung von Pollern den Mittelstreifen verbreitern und die Südstraße mit dem Radfahrstreifen verengen würde. Insbesondere Letzteres sehe er kritisch und rege insofern an, noch andere Möglichkeiten prüfen zu lassen. Hierzu würde er gerne die Einschätzung der Verwaltung hören.

Herr Gleß sagte eine Prüfung zu.

An Herrn Willnecker gewandt sagte Herr Schell, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs nicht in der Zuständigkeit der Stadt liege und es sehr schwierig sei, das dafür zuständige Personal des Kreises zu bekommen. Er sei auch kein Freund davon, an jeder Stelle, an der gehäuft verkehrswidriges Verhalten festgestellt werde, sofort bauliche Maßnahmen zu ergreifen. Dies müssten auch nicht unbedingt Poller sein. Ihm sei jede Maßnahme recht welche geeignet sei, dort Abhilfe zu schaffen.

An der besagten Stelle sei jedoch in Kombination mit dem genannten Unfallhäufungspunkt dauerhafter Handlungsbedarf gegeben. Aufgrund der dort befindlichen Insel sei aus seiner Sicht dort Platz genug, sodass eine weitere Verengung nicht notwendig sei. Schließlich seien es nicht ausschließlich Kunden von der Nachbarschaftshilfe, welche sich dort verkehrswidrig verhielten, sondern eben auch jene der Kreissparkasse und vom Lidl.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass es ähnliche Situationen an anderen Stellen im Sankt Augustiner Stadtgebiet gebe, wo die Verkehrsteilnehmer gezwungen würden, nur in eine Richtung abzubiegen, dies jedoch nicht immer so befolgten. Hier müsse man sich fragen, ob man von Beginn an anders planen sollte oder ob es Maßnahmen gebe, wie man dies langfristig verhindern könnte.

Herr Willnecker fragte, ob die antragstellende Fraktion bereit wäre, aus dem ersten Teil ihres Beschlussvorschlages den zweiten Satz zu streichen, um diesen zu einem reinen Prüfauftrag zu machen.

Herr Schell sagte namens seiner Fraktion, dass man kein Problem damit hätte, diesen Satz herauszustreichen.

Sodann ließ der Ausschussvorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.